

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 8 (1980)

DOI: 10.11588/fr.1980.0.50468

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

notamment en 1946/49, qui aurait contribué à l'échec partiel de leurs demandes de démocratisation de l'économie après 1950. Cette critique surestime peut-être quelque peu la précision du programme syndical d'une «Wirtschaftsdemokratie». D'autre part, des recherches actuellement en cours mèneront probablement à une révision de son jugement sur les gouvernements militaires accusés d'avoir unilatéralement soutenu le patronat.

La dernière partie du livre est consacrée aux débuts de la vie politique.

R. Wenzel présente les débats sur les bases de l'ordre économique et social, de l'économie sociale du marché aux conceptions socialistes et catholiques, complétant ainsi l'étude de Berg-Schlosser sur l'évolution économique. H. Maier décrit les débuts de la réorganisation politique à l'échelon communal. R. Kunz donne une bonne description de l'influence des gouvernements militaires sur la formation des partis politiques, ainsi que des étapes de leur organisation; on regrettera peut-être que l'analyse des changements profonds intervenus dans ce système, notamment par l'extension du type de parti de masse, ait été un peu trop écartée, ainsi que l'histoire des partis, indispensable à l'explication de phénomènes tel que le poids des organisations régionales notamment dans les partis du centre et de la droite.

En conclusion, Th. Stammen décrit le contexte national et international de la formation de la Loi fondamentale, et G. Maier analyse son élaboration, insistant moins sur son contenu que sur les influences respectives des groupes représentant les différentes composantes de la société.

Mise à part peut-être une contribution sur la politique d'occupation proprement dite, comportant un certain nombre d'erreurs et d'incohérences (telle la confusion terminologique entre Conseil de Contrôle et Commandement en Chef Français en Allemagne, p. 70), ce volume donne une très bonne vue d'ensemble et aborde notamment un certain nombre de problèmes que l'on trouve rarement dans des ouvrages de synthèse sur ce sujet. Des bibliographies en général soigneuses facilitent la tâche au lecteur qui voudrait pousser plus loin ses investigations; une chronologie et un tableau des résultats électoraux complètent le volume. Certes, il existe encore beaucoup de divergences et de problèmes de recherche que les auteurs n'ont pu mettre en relief dans ce cadre;<sup>1</sup> et l'impact de ces années de l'immédiat après-guerre ressortirait sûrement mieux si un plus grand nombre des sujets avait pu être intégré dans une analyse historique plus étendue. Mais cela n'a peut-être pas été le but de cette équipe – seulement en minorité historique – qui a fourni un moyen d'information rapide et soigneuse sur ces années.

Rainer HUDEMANN, Trier

Wolfgang BACH, *Geschichte als politisches Argument. Eine Untersuchung an ausgewählten Debatten des Deutschen Bundestages*, Stuttgart (Klett-Cotta) 1977, 200 S.

Der Autor bemüht sich, einen empirischen Beitrag zum Streit über »Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben« zu liefern, indem er »angewandte« Geschichte auf einem sowohl bedeutsamen wie empirisch abgrenzbaren Feld, dem der außenpolitischen Debatten des Deutschen Bundestages über die »Pariser Verträge« (1954/55) und die »Ostverträge« (1972), untersucht. Die beiden Debattenkomplexe wurden vom Verfasser ihrer Vergleichbarkeit in Bezug auf Länge, öffentliche Umstrittenheit, parlamentarische Rollenverteilung und Entscheidungsrelevanz wegen ausgewählt. Ihr Verhandlungsgegenstand legte darüberhinaus eine vergleichende Analyse nahe, da es sowohl 1954/55 als auch 1972 um die Frage ging, wie der

<sup>1</sup> Pour connaître les problèmes qui occupent actuellement la recherche, voir notamment les articles réunis par Heinrich-August WINKLER (Éd.), *Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953*, Göttingen 1979 (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5).

westliche Teil des gespaltenen Nachkriegsdeutschland im internationalen Kräftefeld seine nationale Identität finden konnte.

Mit Recht kritisierte Bach eingangs allzu verallgemeinernde Thesen, wie die vom »Verlust der Geschichte«, vom »defizitären Geschichtsbewußtsein«, die entweder auf schwer überprüfbareren Gesamteindrücken beruhen oder auf der noch schwieriger nachvollziehbaren »wertenden, teilnehmenden Beobachtung (Manfred Hättich)«.

Wir begrüßen deshalb den Versuch Bachs, mittels seines quantitativen Ansatzes aus der reinen Subjektivität zu einem Mehr an Objektivität verstoßen zu wollen. In der Kenntnis der teilweise begrenzten Aussagekraft statistischer Ergebnisse interpretiert der Autor die wichtigsten Resultate auch qualitativ, kontextgebunden.

Die Arbeit füllt insofern eine Forschungslücke, als die Historiker bisher ein auffallendes Desinteresse an der Erforschung politisch angewandter Geschichte zeigten, obwohl über die politische Verwertbarkeit historischen Wissens, über den finalen Einsatz keine Zweifel bestehen. Bach zitiert Alfred Heuß: »Die Mächtigen dieser Welt haben stets ein Interesse daran gehabt, daß die Vergangenheit nicht so ist, wie sie war . . ., sondern hatten den Wunsch, sie so erscheinen zu lassen, wie es für ihre zeitweiligen Zwecke vorteilhaft war.«

Nach der Beschreibung der quantitativen Methode (2. Kapitel), auf die wir noch näher eingehen werden, wird im 3. Kapitel das Kontinuitätsargument als beispielhafte Argumentationsgruppe behandelt. Das vierte Kapitel untersucht das »Verständnis von Geschichte«, so Geschichte als Prozeß (das Tragische, Unausweichliche, Nichtabsehbare, die Wiederkehr des Alten, Geschichte als Beispielsammlung, in anthropologischen und ethnologischen Thesen, Geschichte als das Wiederholenswerte, das Überholte), Geschichte als Ereignis, als Metapher, Instanz sowie schließlich die Absage an Geschichte als Argumentationsmittel. Das dem Fazit voranstehende fünfte Kapitel vergleicht die exemplarischen Reden von K. G. Kiesinger (15. 12. 1954) und Carlo Schmid (25. 2. 1972). Die Anlagen weisen vor allem die tabellarische wie histogrammatische, d. h. schematische Darstellung der Ergebnisse der quantitativen Analyse auf.

Bachs Buch vermittelt eine Fülle interessanter Einzelerkenntnisse über die Verwertung von Geschichte und gelangt trotz der schmalen empirischen Basis der Studie auch zu einigen generelleren Thesen.

So werde Geschichte in den vielfältigsten Formen argumentativ eingesetzt (siehe Kapitel 4); die Zeitgeschichte rangiere dabei an erster Stelle; Geschichte erscheine häufig als Wiederkehr des Alten, als Beispielsammlung, sowie als Quelle für anthropologische Aussagen und Lebensweisheiten, woraus der komplementäre Zusammenhang zwischen Geschichtsbild einerseits und Welt- bzw. Menschen- und Feindbild andererseits ersichtlich werde. In diesem Sinne habe das historische Argument eine bedeutende politische Funktion. Die Untersuchung des Kontinuitätsarguments ergab den widersprüchlichen Einsatz der Geschichte. Mit dem gleichen historischen Beispiel versuchen Regierungs- und Oppositionsparteien entgegengesetzte Thesen zu beweisen. Hier kristallisierten sich Argumentationsmuster heraus, die sich in allen Parteien, ihrer jeweiligen Rolle entsprechend, wiederfinden. Geschichte muß dazu herhalten, jedem Recht zu geben, oder wie Koselleck formulierte, »sie sei der unversiegbare Dorfbrunnen, aus dem jeder das Wasser des Beispiels schöpfe, um seine Unflat abzuwaschen«. Bach folgert daraus, daß die politische Argumentation mit Geschichte nicht primär der Wahrheitsfindung, sondern der Platzbehauptung diene. Im Bundestag dominiere eben meist »der Histrione, nicht der Historiker (Stern)«. Geschichte sei als politisches Argument eher eine Waffe des Interesses als ein Mittel der Erkenntnis.

Auch Bach ist sich bewußt, daß sich der Bundestag in kein historisches Seminar umwandeln läßt, dennoch schlägt er vor, gegen den Mißbrauch von Geschichte »Spielregeln« aufzustellen. Darüberhinaus richtet er einen Appell an die Historiker, der falschen Verwertung des von ihnen gelieferten Wissens vorzubeugen. Sie sollten u. a. eine Diskussion über öffentlich angewandte

Geschichte entfachen. Es sei keine Verletzung der Historikerehre, wenn man z. B. eine um Informationsreform bemühte Kommunikations- und Medienforschung über Möglichkeiten und Grenzen von Auswahl und Darbietung historischer Information berate.

Bachs Ausführungen beweisen, daß die Verwendung von Geschichte weit mehr als rhetorischer Schmuck ist. Wie die Kontinuitätsdiskussion ergab, kann sie sogar zur Leitlinie der politischen Auseinandersetzung werden. Auf jeden Fall bildet Geschichte einen festen Bestandteil der politischen Argumentation. Nach Bach zu urteilen, ist sie deshalb nicht verloren!

Bachs quantitativer Ansatz ist äußerst einfach. In sogenannten »Ereignislisten« erfaßt er Äußerungen, ein historisches Faktum ansprechend, das weitestgehend Ereignischarakter hat. Dabei entscheidet der Autor jedoch zu großzügig über die Qualität »Ereignis«. Einträchtig beieinander finden sich »echte« Ereignisse (Vertrag von Chambord), historische Persönlichkeiten (Bismarck) und Strukturbegriffe (Nationalsozialismus). Die Aufstellung verschiedener Kategorien hätte zu einer homogeneren Ereignisliste geführt. Ebenfalls nicht rigoros genug erscheint uns die Berücksichtigung »nach Gutdünken« solcher Aussagen, die zwar einen historischen Inhalt besitzen, aber schwer datierbar sind, wie »seit 1945«, »25 Jahre lang«. Darüberhinaus reduziert der hohe Generalisierungsgrad (z. B. englische Geschichte) die Aussagekraft einiger Ereignisse geradezu auf Null. Um die Interpretation dieser etwas »kunterbunten« Ereignislisten zu erleichtern, wurden die Ergebnisse graphisch dargestellt. Das Koordinatensystem der Histogramme verzeichnet auf der Abzisse in chronologischer Folge pro Einheit ein Ereignis. In Ordinatensrichtung ist die jeweilige Anzahl der Nennungen vermerkt; so entsprechen die höchsten Säulen den meistgenannten historischen Ereignissen. Verschiedene Rasterungen der Flächeneinheiten kennzeichnen die Parteizugehörigkeit des Redners. Eine letzte interessante Tabelle führt nach abnehmender Frequenz die meistgenannten Ereignisse der beiden Debattenkomplexe auf.

Bach konnte mit diesem einfachen Instrumentarium quantitativer Techniken insgesamt »fündig« werden. Die Tragweite seiner Resultate unterliegt, wie er selbst einräumt, gewissen Einschränkungen: daß mit Geschichte politisch argumentiert wird, beantwortet die Frage nicht, ob das historische Argument auch eine kommunikative Qualität hat, ob es »ankommt«; die für den Bundestag aufgestellten Argumentationsmuster sind nur bedingt repräsentativ, da für andere Parlamente in Ost und West eventuell gänzlich andere Muster gelten. Letztlich erfährt die Studie durch die Möglichkeit, daß der Einsatz von Geschichte als politisches Argument selbst geschichtlich ist und daher einem Wandel unterliegt, auch eine zeitliche Begrenzung.

Dennoch sollten gerade Untersuchungen dieser Art ermutigt werden. Sie können den Anstoß geben, zu der erforderlichen breiteren empirischen Grundlage und wirklich repräsentativen Ergebnissen vorzustoßen. Durch Pioniere auf dem »steinigen Pfad« quantitativer Analysen, zu denen Bach gehört, wird auch die theoretische Diskussion, wenn sie ihr spekulatives Niveau verlassen will, stark profitieren, da sie dann auf der Basis »gesicherter« Erkenntnisse geführt werden könnte. Bachs Arbeit hat das Verdienst, klar zu beschreiben, was mit den traditionellen Mitteln nur intuitiv erfaßbar ist!

Politische Argumentation als Platzbehauptung wird, so können wir Bach versichern, nicht nur im Bundestag praktiziert. Die Debatte im französischen Fernsehen (A 2) vom 4. 5. 1979 (anlässlich der Wahlen zum Europa-Parlament) liefert dafür den Beweis. Sowohl George Marchais (KPF) als auch Jacques Chirac (RPR) stellten historische Fakten nahezu auf den Kopf.

Für ersteren bedeutete »Europa, Wurzel allen Übels, bittere Nachteile für die spanische Arbeiterklasse« (obwohl die Kommunistische Partei Spaniens den EG-Beitritt befürwortete), für letzteren war »nur de Gaulle Europa, vor ihm gab es nichts, die Liste Simone Veils sei deshalb ein Versuch von Usurpation«. Die von Bach etablierten Argumentationsmuster scheinen sich nicht auf typisch westdeutsche Phänomene zu beschränken. Warten wir auf komplementäre Arbeiten dieser Art!

Hans HÖRLING, Paris